Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 24. Oktober 1930
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis: 0.40 RM. Fam.-Anz. u. Stelleng. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
24. 10. m Nr. 497 10 Pfennig

Unsere Meinung

Unter den **amerikanischen Aeußerungen zur Kriegsschuldenfrage**, die überhaupt Anspruch auf besondere Beachtung verdienen, ragt die des ehemaligen Präsidenten **Calvin Coolidge** wegen der Bedeutung und Autorität dieser Persönlichkeit hervor. Sie hat törichte Hoffnungen, die auch in Deutschland genährt wurden (und die angeblich für die Börse ebenso ein Hausse-Moment gewesen sein sollen, wie die nachträgliche „Enttäuschung" ein Baisse-Moment) zerstört. Coolidge hat in einem Aufsatz der „Washington Post" ausgeführt, man könne den Vereinigten Staaten nicht zumuten, den Welthandel (der durch das Tributsystem in der Tat zerstört wird) mit inländischen Steuern der amerikanischen Bürger zu subventionieren. Es ist wohl anzunehmen, daß die Mehrheit der Amerikaner den Standpunkt des früheren Präsidenten teilt. Denn in der Tat müßte die Regierung der Vereinigten Staaten bei einem Verzicht auf die interalliierten Schulden die Steuern, um den Budget-Ausgleich weiter sicherzustellen, im Ausmaße der Schuldenstreichungen erhöhen. Dazu werden die Amerikaner um so weniger bereit sein, als auch sie unter dem Einfluß der Depression einen Ausfall von mehreren hundert Millionen Dollar bei den Steuereinnahmen zu verbuchen und außerdem Mittel zur Arbeitsbeschaffung nach deutschen Vorbild in den Etat eingestellt haben. Es gibt freilich auch in den Vereinigten Staaten Wirtschaftszweige, für die die Schuldenstreichung von großem Vorteile wäre. Das sind namentlich die auf den Export angewiesenen Baumwollfarmer, Kupferproduzenten usw., sowie bestimmte Wallstreet-Kreise. Es muß betont werden, daß sich Coolidge nur gegen einen amerikanischen Verzicht aus den interalliierten Schulden gewandt hat, es also ablehnt, den Mechanismus in Gang zu setzen, bei dem England, Frankreich und Italien in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Erleichterungen auf das deutsche Tributkonto weiterzugeben. Der frühere amerikanische Präsident hat aber keineswegs auch die unbedingte Zahlungsfähigkeit Deutschlands behauptet. Nur sollen nach seiner Meinung, auch nun Deutschland nicht zahlen könne, die früheren Alliierten ihre Schulden an Amerika weiterbezahlen. Diese Stellungnahme ist vom amerikanischen Standpunkt aus um so verständlicher, als unser Hauptgläubiger und sein Hauptschuldner, nämlich **Frankreich**, aus dem wirtschaftlichen, finanziellen (und politischen) Gesamtergebnis des Versailler Diktats einen ungeheuren Nutzen zieht, ohne ihn für Zwecke des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft dienstbar zu machen. Es benützt vielmehr alle Ueberschüsse an Gold und Kapital, die ihm in phantastischen Ausmaßen zufließen, um politische Pläne vorzubereiten und um aufzurüsten. Deutschland gegenüber ist die öffentliche Meinung Amerikas geneigt, in der Ordnung der Reichsfinanzen die Probe auf das Exempel unserer Zahlungsanstrengungen zu sehen. Man darf annehmen, daß es gelingen wird, die Amerikaner von der Notwendigkeit einer speziellen Revision der deutschen Tribute zu überzeugen, wenn sich nach Erschöpfung aller Möglichkeiten der inneren finanzpolitischen Sanierung das „non possumus" für Deutschland herausstellt.

★

Die starke Anteilnahme, mit der die gesamte deutschen Oeffentlichkeit das Schicksal der deutschen Volksgenossen in **Eupen-Malmedy** begleitet, mit der sie insbesonder des Fehlspruchs des Völkerbundes vom 20. September 1920 anläßlich der zehnten Wiederkehr dieses Tages gedachte, hat die belgische Propaganda merksam aufgeregt. Man bemüht sich gegenwärtig auf belgischer Seite trampfhaft um sogenannte **Loyalitätskundgebungen** aus dem annektierten Gebiete und benutzt die Jahrhundertfeier kurz vor Toresschluß noch schnell dazu, die vom belgischen Regime abhängigen Amtspersonen in Eupen-Malmedy zu mehr oder minder freiwilligen Festlichkeiten und Dankadressen zu veranlassen. Die Veranstalter sind, wie der Malmedyer „Landbote" mit Recht hervorhebt, „zugereiste Altbelgier und einige charakterschwache Neubelgier". Die bodenständige Bevölkerung selbst hat mit dieser bestellten Arbeit nichts zu tun. Hauptsache ist, daß diese „Beweise" neubelgischer Anhänglichkeit an Belgien in den belgischen Zeitungen verzeichnet werden und als Tarnung der wirklichen Stimmung des wider seinen Willen zu Belgien geschlagenen deutschen Landes dienen. Selbstverständlich verschweigt die belgische Berichterstattung, daß man, um solche „Kundgebungen der Treue" überhaupt zustandebringen zu können, in des Wortes wahrster Bedeutung „auf die Dörfer gehen" muß, daß man, um ein Beispiel zu nennen, nicht wagt, die „Manifestation der Sympathie bei Gelegenheit der hundertjährigen Unabhängigkeit Belgiens", die als Kundgebung der ehemals preußischen Wallonie vorzugeben ist, in der Hauptstadt dieses Gebietes durchzuführen, sondern sie bescheiden an die Warchetalsperre verlegt hat, wahrscheinlich um den Spott der Bevölkerung nicht gar zu sehr herauszufordern. So zeigt sich letzten Endes auch in diesen künstlichen Loyalitätskundgebungen wieder nur das eine: daß Eupen-Malmedy nicht in Belgien liegt und seine Bevölkerung nichts von Belgien wissen will. Recht interessant ist in diesem Zusammenhange noch das Zusammenspiel des in Eupen herauskommenden und von altbelgischen Geldern lebenden Renegatenblattes „Grenz-Echo" mit verwandten Organen in anderen Deutschtumsgebieten. Die „Baltische Presse" brachte kürzlich einen gehässigen Aufsatz, der den Belgiern das Recht auf Eupen-Malmedy attestierte. Dieser Aufsatz wurde prompt vom „Grenz-Echo" nachgedruckt, als ob es sich dabei um die Meinung einer deutschen Zeitung in Danzig und nicht um ein polnisches Propagandaorgan handele. Ein freilich allzu durchsichtiges Manöver! Denn die Abhängigkeit der „Baltischen Presse" von Warschau ist genau so publik wie die Abhängigkeit des „Grenz-Echo" von Brüssel.

★

Die kommunistische Weltpropaganda wird durch die großen Schwierigkeiten des Systems in Sowjetrußland nicht etwa gehemmt, sondern geradezu angefeuert. Eben zur Selbsterhaltung der Sowjetunion erscheint es notwendig, ihre Ideenwalt möglichst rasch in andere Länder zu verbreiten. Dabei haben die Kommunisten die Erfahrung gemacht, daß, sehr im Gegensatz zu den Wirtschaftstheorien von Karl Marx, die kapitalistisch hochentwickelten Staaten Europas und Amerikas der Durchsetzung ihrer Lehren starken Widerstand entgegensetzen, während sich die großen analphabetischen, noch unter der Feudalherrschaft befindlichen Länder für die Aufnahmen der kommunistischen Irrlehren als besonders geeignet erweisen. Insbesondere die arabischen Staaten mit ihren krassen Gegensätzen zwischen Reich und Arm sind seit etwa einem halben Jahrzehnt ein bevorzugtes Wirkungsfeld für die Propaganda der Dritten Internationale. Die Organisation, die in diesen Tagen in Kairo ausgehoben wurde, diente neben vielen anderen, die heute noch verborgen in Palästina und Syrien, in Tripolis, Tunis, Algier und Marokko ihre Wühlarbeit vollbringen, dem Ziele, einen organisierten **Aufstand des arabischen „Proletariats"** gegen den „europäischen Imperialismus" und den Besitz der reichen Paschas vorzubereiten. Es ist bezeichnend für die groß angelegte politische Arbeit der Dritten Internationale, mit wie beträchtlichen Mitteln politische Abenteurer wie Homboe und Dieterich subventioniert wurden, während in den russischen Großstädten die Bevölkerung Hunger leidet. Auch die Wirtschaftspolitik in den Mittelmeerländern, ein Dumping selbst mit Waren durchzuführen, die Sowjetrußland nicht im Ueberfluß produziert, bekundet die gleiche Tendenz, in diesen Ländern für Moskau und seine Heillehre zu werben.

Bleibt Berlin ohne Oberbürgermeister?

Die Entscheidung über Böß erneut vertagt

Die **Berliner Stadtverordnetenversammlung** nahm gestern nach Abschluß der Aussprache, über deren Verlauf wir in der „Berliner Rundschau" berichten, die Abstimmungen über die Anträge zum Pensionierungsgesuch des Oberbürgermeisters Böß vor; sie waren sämtlich namentlich.

Zunächst wurde der **kommunistische Antrag** auf pensionslose Entlassung und Protest gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts mit 97 gegen 59 Stimmen **abgelehnt**, 41 Stimmzettel waren ungültig.

Auch der **nationalsozialistische Antrag**, die Pensionierung bis zur Durchführung eines neuen Disziplinarverfahrens auszusetzen, verfiel mit 142 gegen 59 Stimmen der **Ablehnung**; zwei ungültige Stimmen.

Angenommen wurde dagegen der deutschnationale Antrag, in dem es heißt, die Versammlung mißbilige das ungesetzliche Vorgehen des Magistrats **und verlange eine neue ordnungsgemäße Vorlage. Für diesen Antrag stimmten 101 Stadtverordnete der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialisten und Kommunisten, dagegen waren 95; ungültig 3 Zettel.**

Anschließend wurde in **nichtöffentlicher Sitzung** über die Magistratsvorlage zur Kenntnisnahme verhandelt.

In Konsequenz der Abstimmungsergebnisse in der öffentlichen Sitzung beschloß eine Mehrheit von 91 gegen 83 Stimmen Vertagung der Angelegenheit.

Mit diesen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung sind die bestimmten Erwartungen, man werde im Rathause endlich freie Bahn für die Neuwahl eines Oberbürgermeisters schaffen, zunichte geworden, ist die so dringend notwendige Neubesetzung des leitenden Postens der Reichshauptstadt ad calendas graecas vertagt. Der einzige Beschluß, der in der Angelegenheit zustandekam, ist ein Negativum, eben die Vertagung. Denn auch das Verlangen, der Magistrat solle eine neue Vorlage einbringen, ist substanzlos, nachdem Bürgermeister Scholtz erneut mit Bestimmtheit erklärt hat, dazu liege keine Veranlassung vor, zumal Ministerium und Aufsichtsbehörde den Rechtsstandpunkt des Magistrats teilten.

Man muß jetzt dringend fordern, daß die übergeordneten Stellen ihrerseits die Initiative ergreifen, um das entstandene Vakuum schleunigst zu beseitigen. Wenn nicht anders möglich, durch ein Notgesetz über die Reform der Groß-Berliner Verwaltung. Der jetzige Zustand darf nicht länger andauern, wenn nicht die Geschicke der Stadt durch den weiteren Mangel eines voll arbeitsfähigen Magistrats, wenn nicht das Ansehen Berlins durch Wiederholungen der sich immer mehr ins persönlich Gehässige ausartenden Debatten ständig neuen Schaden leiden sollen. Es geht nicht um Herrn Böß, es geht um das Schicksal der Reichshauptstadt!

Deutsche Musik bei der Königshochzeit in Assisi

Trauung in der Oberkirche — Ein Aufruf des Podesta

kr. **Mailand**, 23. 10. (Eigenbericht)

Assisi schmückt sich für die Königshochzeit. Teppiche hängen von den Balkonen herab, Blumengirlanden schlingen sich über die Straßen, und Blüten prangen in umbrischen Vasen in den Fenstern. Morgen abend werden die Fackeln von den Häuserzinnen ihr flackerndes Licht hinuntersenden, die Flammenbrände das ganze Tal umsäumen.

Die Stadt hat sechs Gänseliesel beschafft. Ein kostbares Renaissancestück aus Silber, hat ein Mitbürger der Stadt, der Graf Fiume, gestiftet. Sie sollen für den standesamtlichen Akt dienen, bei dem Mussolinis Kronnotar, Senatspräsident Federzoni als Standesbeamter und der bulgarische Justizminister Kantscho Milanow ebenfalls als Standesbeamter mitwirken, so daß also die katholische Trauung auch für Bulgarien standesamtlichen Charakter hat, wenngleich in der berühmten Kathedrale von Sofia noch ein Hochamt stattfinden wird, wenn das Königspaar eintrifft.

Die Trauung findet nun doch entgegen früheren Bestimmungen in der Oberkirche von Assisi statt. Es bleibt aber dabei, daß die Hochzeit in betonter Einfachheit gehalten werden soll. Die Damen werden in hochgeschlossenen Kleidern mit langen Aermeln erscheinen und auf dem Kopf ein weißes Tuch tragen ohne irgendwelchen Kopfschmuck.

Das Largo von Händel soll die kirchliche Feier einleiten, der Festmarsch von Mendelssohn den Ausklang geben. Städtische Fanfarenbläser werden die Hymne der Stadt Assisi, eine kürzlich wieder aufgefundene Melodie aus dem 15. Jahrhundert, blasen.

Der Podesta der Stadt hat einen Aufruf erlassen, der mit folgenden Worten beginnt:

„Der Ruhm dessen, der dem Menschen seinen harten Willen königlich offenbart hat, erlebt heute seinen königlichen Triumph. Giovanna von Savoyen, die herrliche Prinzessin und Herrin unserer Stadt, will auf seinem Grabe niederknien, um Königin zu werden. Nie seit 700 Jahren leuchtete der lateinische Orient in lebendigeren und reineren Flammen."

Deutsche Bankdirektoren in Ostoberschlesien schwer mißhandelt

Kattowitz, 23. 10.

In **Loslau** fand eine **Aufsichtsratsitzung** der Deutschen Gewerbebank statt, an der auch die beiden Direktoren der Deutschen Vereinsbank Kattowitz, Thomas und Janotta, teilnahmen. Als die beiden in Begleitung dreier anderer Aufsichtsratsmitglieder sich gegen 9 Uhr abends zum Bahnhof begeben wollten, wurden sie von mehreren uniformierten Aufständischen überfallen und schwer mißhandelt. Bankdirektor Janotta erlitt derartige Verletzungen, daß er bewußtlos zusammenbrach.

Die österreichischen Bischöfe zur Wahl

kbg. **Wien**, 23. 10. (Eigenbericht)

In einem **Hirtenbrief** der österreichischen katholischen Bischöfe setzen diese den katholischen Gläubigen den **Ernst der Wahlentscheidung** vom 9. November auseinander: „Die eigentliche Wahlparole lautet hüben und drüben: **Hie Christus, hie Belial!**", heißt es in dem Hirtenbrief. Die Katholiken werden in ungewöhnlich nachdrücklicher Weise aufgefordert, nur solche Abgeordnete und Parteien zu wählen, die eine volle Gewähr bieten für ihre **aufrichtige christliche Gesinnung.**

Chiang Kai-shek zum Christentum übergetreten

Schanghai, 23. 10. (Sonderdienst der „DAZ")

Der Präsident der nationalen Regierung, General Chiang Kai-shek, ist zum Christentum übergetreten. Die Taufe wurde heute nachmittag von dem chinesischen **Pastor Kuang** vollzogen. Dem Taufakt wohnten die Gattin des Generals, seine beiden Schwäger und Außenminister Wang bei, die bereits früher zum christlichen Glauben übergetreten sind. Die Frage des Geistlichen, ob er aufrichtig wünsche, ein Christ zu werden, bejahte der Staatspräsident mit fester Stimme.

Die chinesisch-sowjetrussische Konferenz in Moskau gescheitert

Nanking, 23. 10.

Amtlich wird mitgeteilt, daß die chinesisch-sowjetrussische Konferenz in Moskau gescheitert ist. Der Hauptstreitpunkt war das Protokoll von Chabarowsk, das die chinesische Regierung trotz Drängens der Sowjetregierung nicht anerkennen wollte.

Kommt doch Grzesinski?

Heute Entscheidung des preußischen Kabinetts

Das Preußische Staatsministerium wird heute eine Sitzung abhalten, in der voraussichtlich über die geplanten weiteren Veränderungen in der Polizeiverwaltung Beschluß gefaßt werden soll. Außer der Versetzung Zörgiebels zugunsten der Wiederkehr des früheren Polizeipräsidenten Grzesinski sollen auch noch andere Aenderungen in der Besetzung führender Posten geplant sein.

★

Unser Protest gegen den seltsamen Plan einzelner preußischer Regierungskreise, dem früheren Innenminister Grzesinski wieder ein Amt zu verschaffen, indem man ihm das Berliner Polizeipräsidium freimacht, hat im Lande draußen und in der breiten Oeffentlichkeit, besonders auch in den politischen Kreisen Berlins großen Widerhall gefunden. Er entspringt rein staatspolitischen Erwägungen. Die Besetzung des wichtigsten Postens der preußischen Polizei mit einem Manne wie Grzesinski gerade in diesen Tagen würde wie eine Groteske erscheinen und zweifellos Gefahren heraufbeschwören, über die sich die einsichtigen Männer des preußischen Kabinetts wohl selbst im klaren sind. Wir wiederholen deshalb unseren Appell und geben der Erwartung Ausdruck, daß der Berliner Bevölkerung und der Reichshauptstadt dieser Schritt erspart bleibt.

Die Metallverhandlungen vertagt

Die Nachverhandlungen zum Schiedsspruch in der Berliner **Metallindustrie**, die Donnerstag nachmittag 5 Uhr begannen, wurden in später Nachtstunde **vertagt**. Sie sollen in den nächsten Tagen **fortgesetzt** werden. Ein bestimmter Termin ist noch nicht angesetzt. Anscheinend sollen beide Parteien inzwischen intern über die Möglichkeiten einer Verständigung beraten.

★

Im Zusammenhang mit dem Metallarbeiterstreik in Berlin empfing Reichskanzler Dr. Brüning am Donnerstag die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung, die mehrere Stunden andauerte.

3 116 000 Arbeitslose

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Oktober auf rund 1 491 000. Im gleichen Zeitpunkt wurden über 488 000 Krisenunterstützte gezählt, d. h. um etwa 16 000 mehr als Anfang des Monats. Die Gesamtbelastung beider Unterstützungseinrichtungen beträgt mithin rund 1 980 000, etwa 14 000 mehr als Anfang Oktober. Die Meldungen versicherter Arbeitsuchender beliefen sich am 15. Oktober auf nahezu 3 184 000, von denen etwa 3 116 000 als tatsächlich arbeitslos gelten können. Die starke Zunahme dieser Zahl gegenüber dem vorigen Berichtsabschnitt — um rund 112 000 — ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen mehr als bisher von der Statistik der Arbeitsämter erfaßt werden. Die Zunahme vom 15. September zum 15. Oktober beläuft sich auf rund 133 000.

Amnestie auch vom Reichsrat genehmigt

Der **Reichsrat** hielt am Donnerstag eine Trauerkundgebung aus Anlaß des Alsdorfer Grubenunglücks ab. Er beschloß, gegen das **Amnestiegesetz keinen Einspruch** zu erheben. Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrats, dessen Einberufung verlangt wurde, soll in der nächsten Woche zusammentreten.

Der Reichsrat genehmigte ferner den Gesetzentwurf über die Schuldentilgung und das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit Finnland. Gegen die Amnestie stimmten nur die Provinzen Hessen-Nassau und Sachsen. Der Reichsrat beriet schließlich einen neuen Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, den **Zinssatz für die Aufwertungsbyspotheken** der ursprünglich am 1. Oktober beim Inkrafttreten des Fälligkeitsgesetzes vom 18. Juli 1930 festgesetzt werden sollte, mit Rücksicht auf die Verhältnisse am Kapitalmarkt erst später festzusetzen, und zwar bis zum 15. Dezember. In einer Entschließung wurde der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Reichsregierung möge die Neuregelung möglichst schon vorher vornehmen.

Kempkes legt die organisatorische Leitung der DVP nieder

Staatssekretär z. D. **Kempkes**, der schon bei der letzten Reichstagswahl auf ein ihm angetragenes Reichstagsmandat verzichtete, hat, wie die „R. Z. E." berichtet, die von ihm seit langen Jahren innegehabte Stellung eines Leiters der Gesamtorganisation der DVP. **niedergelegt**. Sein Entschluß ist auf persönliche Gründe zurückzuführen. Die Parteileitung hat von diesem Entschluß mit lebhaftestem Bedauern Kenntnis genommen; sie hat Staatssekretär z. D. Kempkes ihres bleibenden Dankes versichert, ihn gebeten, seinen bewährten Rat der Partei nach wie vor zur Verfügung zu stellen und bestimmte Zweige der Verwaltung in der bisherigen Weise weiterzuführen.